



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/1566

Anhörung zur Novellierung des Schulgesetzes in Schleswig-Holstein

Die Vereinigung der Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein (UVNord) ist der Spitzenverband der 54 Arbeitgeber-Unternehmensverbände in Schleswig-Holstein und Hamburg mit über 26.000 Mitgliedsunternehmen und über 1 Mio. Mitarbeiter.

UVNord begrüßt die mit der Novellierung des Schulgesetzes angestrebten Ziele im Grundsatz.

Unabhängig von internationalen Vergleichsstudien beklagen unsere Mitgliedsbetriebe die sinkende Leistungsfähigkeit der Schulabgänger und die steigende Zahl nicht ausbildungsreifer Jugendlicher. Dabei verstehen sie unter ausbildungsreif **nicht** Deutsch- und Mathematikkenntnisse, die sind je nach Ausbildungsberuf weniger relevant, sondern fehlende soziale Kompetenzen und unzureichende Schlüsselqualifikationen.

Um nicht missverstanden zu werden: Ziel von Schule ist nicht nur die Ausbildungsreife oder Studierfähigkeit herzustellen, sondern junge Menschen im Rahmen ihrer Fähigkeiten so zu bilden, dass sie in die Lage versetzt werden, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und zur aktiven Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft zu befähigen. Schulbildung ist aber auch die Grundlage für den Eintritt in die Arbeitswelt.

Wir wissen alle, dass Schule nicht alles leisten kann, sondern auch das Elternhaus einen hervorragenden Beitrag zum Schulgelingen beitragen muss.

Kurz und akzentuiert: UVNord befürwortet im Schulgesetz

- die Reform der gymnasialen Oberstufe und die Verkürzung der Schulzeit.
- die verbesserten Chancen der Privatschulen.
- die regionalen Berufsbildungszentren.
- die zentralen Abschlussprüfungen für alle Schularten.
- die verbesserte Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen.
- verpflichtende Sprachkurse für Kinder mit entsprechenden Defiziten (nicht nur Migrantenkinder) **vor** Schulbeginn.
- die individuelle Förderung als durchgängiges Unterrichtsprinzip und damit Reduzierung des Sitzenbleibens.
- gemeinsames Lernen einschließlich Klasse 6 (Orientierungsstufe).
- verlässliche Grundschule flächendeckend.
- alle Anstrengungen, dass möglichst viele Schüler einen Schulabschluss schaffen.
- verstärkte Praktika und Berufsorientierung.
- Qualitätssicherung in Schulen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung halten wir die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen in **Regionalschulen** für sinnvoll, wenn so ein wohnortnahes und ein pädagogisch leistungsfähiges Schulangebot gesichert wird. Die Eingliederung von Grundschulen bei entsprechenden regionalen Gegebenheiten ist begrüßenswert. Ebenso die Einführung als Ganztagschule.

Ob das Konzept der Regionalschule allerdings trägt, bleibt offen, weil viele Fragen noch unbeantwortet sind. Wir vermissen

- Zahlen über Wandlungs- und Folgekosten.
- Informationen über Schulorganisation.
- Welche pädagogischen Konzepte sollen diese neue Schulform prägen?
- Wie gelingt die Motivation der Realschullehrer?

Wir geben zu bedenken, dass die Realschüler das Rückgrat der Dualen Berufsausbildung darstellen. Eine Regionalschule, die nicht das Bildungsniveau der heutigen Realschule hält, wäre katastrophal für die Schulabgänger und die Betriebe.

Wenn es dagegen gelingt, die heutigen Hauptschüler zu einem besseren Schulabschluss zu führen, wäre es für alle ein Segen.

Mit der partiellen Überwindung des 3-gliedrigen Schulsystems können Schüler nicht mehr abgeschoben werden. Mit der individuellen Förderung wird auf die Unterschiedlichkeit der Schüler konstruktiv eingegangen.

Übrigens der Erfolgsschlüssel der OECD-Spitzenländer.
(Mehr Lehrerstellen notwendig!)

Mit der Einführung der **Gemeinschaftsschule** werden nur die Gesamtschulen umetikettiert. Die Errichtung weiterer Gemeinschaftsschulen auf Antrag des Schulträgers war auch für Gesamtschulen bereits möglich, hat also qualitativ keine neue Dimension.

Der Vergleich der internationalen Bildungsstudien macht deutlich:

Die Schulstruktur ist **nicht** entscheidend für den Schulerfolg. Entscheidend für den Schulerfolg ist die **Unterrichtsqualität**, die individuelle Förderung und die soziale Qualifikation..

Unterrichtsqualität hängt ab:

1. Lehrerbildung (Aus- und Fortbildung)
2. Schulleitung
3. Personelle und sachliche Ausstattung der Schule

UVNord kritisiert:

- Lehrer**fort**bildung ist nicht im Gesetz explizit festgeschrieben.
- Die notwendige Entbürokratisierung (in allen Ministerien angestrebt) ist unterblieben. Der häufigste Satz im Entwurf: „Das für Bildung zuständige Ministerium legt fest ...“) Widerspruch zur selbstständigen Schule.

- Die Aufgabenstellung der Schulaufsichtsbehörden ist seit 1990 unverändert geblieben, auch im neuen Entwurf. Nicht mehr zeitgemäß. Beratung!
- Der schulpsychologische Dienst ist in Schleswig-Holstein quantitativ völlig unterentwickelt im Vergleich zum Bundesgebiet.
- Wirtschaft/Politik ist nicht in allen Schularten durchgängiges Schulfach (Politikverweigerung, Gewaltbereitschaft, Rassismus).
- Zu hohe Schülerfrequenz in der Grundschule. Mit 21,4 liegt Schleswig-Holstein im Bundesvergleich an 9. Stelle. Skandinavien 12,0.
- Schulabgänger ohne Abschluss in Prozent aller Absolventen allgemeiner Schulen: 10 % (Schleswig-Holstein an 11. Stelle).

G. Heiner Spönemann

8. Dezember 2006